



NIEDERSCHRIFT

über die 9. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 26.05.2015,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:00



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Rolf Morio

Gerhard Mosebach

Dirk Vögeli

SPD

Sonja Baum-Baur

Hermann Demmerle

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf ab 17.15 Uhr TOP 1 ö.S.

Florian Maier

Günter Scharhag

Michael Scheid ab 17.09 Uhr TOP 1 ö.S.

Heinz Schmitt

Armin Schowalter



Magdalena Schwarzmüller

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Doris Braun

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Hans Volkhardt

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

AfD

Myriam Kern

FDP

Jochen Silbernagel

Piraten

Jakob Wagner



Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Jürgen Bibus

(Hauptamt)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Stefan Joritz

(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Hans Schlösser

(Rechnungsprüfungsamt)

Matthias Schmauder

(Landesgartenschau 2015 gGmbH)

Sonstige

Gerhard Becker

(Ortsvorsteher Mörzheim)

Rolf Kost

(Ortsvorsteher Wollmesheim)

Dorothea Müller

(stellvtr. Ortsvorsteherin Mörzheim)

Michael Niedermeier

(Leiter Pressestelle)

Carina Treitz

(Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt



SPD

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Prof. Peter Leiner



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende teilte mit, dass sich die UBFL-Stadtratsfraktion zum 31. Mai 2015 auflöse. Dies habe zur Folge, dass in der Stadtratssitzung am 23. Juni 2015 erneut die Ausschüsse neu gewählt werden müssen.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Zwischenbericht zum bisherigen Verlauf der Landesgartenschau; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion
Vorlage: 101/287/2015
3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Erstellung eines Lärmgutachtens
Vorlage: 101/288/2015
4. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Süd“ (Estienne et Foch)
Ausfallbürgschaft für die Deutsche – Stadt und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG- Rückführung von Krediten
Vorlage: 200/202/2015
5. „Haus zum Maulbeerbaum“, Marktstraße 92 und 94; Abschluss einer Optionsvereinbarung zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und dem Verein der Freunde des Hauses zum Maulbeerbaum Landau e.V.
Vorlage: 230/264/2015
6. Abschluss einer Zweckvereinbarung über die Übertragung von Aufgaben nach dem Fahrlehrergesetz von den Verbandsgemeinden im Landkreis Südliche Weinstraße auf die Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 320/056/2015
7. Bebauungsplan ND 8 „Gewerbegebiet Kreisel Landau-Nord“; Aufhebung des Satzungsbeschlusses vom 30.09.2014
Vorlage: 610/351/2015
8. Verschiedenes
- 8.1. Sachstand Breitbandversorgung; Anfrage CDU-Stadtratsfraktion



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Hutter, Aushilfskraft in der städtischen Kindertagesstätte Villa Mahla, sprach den aktuellen Streik in den kommunalen Kindertagesstätten an. Es gehe dabei darum, eine Höhergruppierung der Erzieher im kommunalen Bereich zu erreichen. Die kommunalen Erzieher und Erzieherinnen würden gerne wissen, welche konkreten Schritte wie Briefe, Telefonate und Gespräche der Stadtvorstand unternommen habe, um über den Kommunalen Arbeitgeberverband wieder Bewegung in die Tarifverhandlungen zu bekommen.

Bürgermeister Hirsch unterstrich, dass er schon mehrmals öffentlich klar gemacht habe, dass die Stadtspitze Verständnis für die Situation der Erzieherinnen und Erzieher habe. Der bestehende Tarifvertrag sei mittlerweile 15 Jahre alt. Er habe sich in Abstimmung mit dem Stadtvorstand schriftlich an den Kommunalen Arbeitgeberverband gewandt mit der Bitte, möglichst schnell zu einer Einigung zu kommen. Der Kommunale Arbeitgeber habe ihm versichert, dass man verhandlungsbereit sei. Die Stadt Landau habe in den letzten Jahren alles unternommen was möglich war, um qualitative Verbesserungen im Bestand der Kindertagesstätten zu erreichen. Es seien in den letzten Jahren über 6 Millionen Euro investiert worden. In Landau sei man schon immer sehr kulant gewesen bei der Genehmigung von Mehrpersonal. Als erste und einzige Kommune in Rheinland-Pfalz habe man kommunale Mittel im Haushalt zur Sprachförderung in den Kindertagesstätten bereitgestellt. Dies alles sei ein Signal der Wertschätzung der Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher. Aber man sei nicht Tarifpartei, sondern lediglich Teil einer Tarifpartei. Mehr als appellieren könne man nicht.

Der Vorsitzende bedankte sich ausdrücklich bei den Erzieherinnen und Erziehern für ihre tägliche Arbeit. Die Arbeit mit den Kindern sei zweifellos schwieriger geworden.

Frau Mann, Leiterin der kommunalen Kindertagesstätte Villa Mahla, bestätigte, dass die jeweils zuständigen Dezernenten sehr respektvoll und wertschätzend mit den Erzieherinnen umgegangen seien. Von daher sei auch nicht die Stadt Schauplatz ihres Kampfes.

Herr Hutter fragte nach, ob der Stadtvorstand ein gemeinsames Schreiben an den Kommunalen Arbeitgeberverband gemacht habe. Man sei bereit, wieder an die Arbeit zu gehen, wenn ein Angebot der Arbeitgeberseite vorliege. Dies sei aber bisher nicht der Fall.

Bürgermeister Hirsch entgegnete, dass es ausreichend sei, wenn der zuständige Dezernent im Namen des gesamten Stadtvorstandes schreibe. Nach seinen Informationen gebe es ein Angebot des Kommunalen Arbeitgeberverbandes.

Ein Bürger sprach das Problem von alkoholisierten Personen in den Landauer Parks an. Seine Frage sei, ob man hier nicht ein Alkoholverbot für die Parks aussprechen könne.

Bürgermeister Hirsch entgegnete, dass dies ein Thema sei, dass uns immer wieder beschäftige. Platzverweise seien nicht ganz so einfach. Der Alkoholkonsum an sich sei ja kein Gefährdungspotential. Eingreifen könne man nur, wenn die alkoholisierte Person Schwierigkeiten mache.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Zwischenbericht zum bisherigen Verlauf der Landesgartenschau; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 2. Mai 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er komme der Bitte, einen Bericht über den bisherigen Verlauf der Landesgartenschau zu geben, gerne nach.

Die Landesgartenschau sei fulminant angelaufen, das Wetter spiele mit, die Stimmung sei sehr gut. Man habe mit Stand 25. Mai 193.000 Besucher gehabt. Er sei froh und dankbar über jeden Besuch, der stattfinde. Ein ganz wichtiges Ziel der Landesgartenschau sei die Nachhaltigkeit der Stadtentwicklung, die man angestoßen habe. Auch erfreulich sei die Zahl der Dauerkarten, man liege bei 18.544. Die Menschen seien begeistert von den Anlagen, begeisternd seien die Veranstaltungen. Herausragend nenne er den Pfingstgottesdienst, der in der ARD übertragen wurde, und den Lauf der Landauer Schulen zur LGS.

Dass bei Großveranstaltungen immer auch Nachbesserungen notwendig seien, sei ganz normal. Wo man nachbessern könne, tue man dies auch. So habe man zusätzliche Hinweisschilder aufgestellt. Das Parken in der Südstadt sei klar geregelt zum Schutze der Anwohner. Moniert werde die Parkausschilderung, die man aber streng nach der Straßenverkehrsordnung gemacht habe. Diese sehe vor, dass am Beginn einer entsprechenden Zone ein Schild stehe. Aber auch hier habe man nachgebessert. Die Parkplätze seien absolut ausreichend, selbst bei großem Besucherandrang. Sehr gut angelaufen sei der Prozess stadt.weiter.bauen, eine klassische Bürgerbeteiligung.

Er wolle ausdrücklich dem Team der Landesgartenschau danken für das unglaubliche Engagement. Ebenso danke er dem Freundeskreis der Landesgartenschau für die ehrenamtliche Betreuung des info-points.

Die Landesgartenschau erfülle bisher alle Erwartungen.

Herr Schmauder, Geschäftsführer der LGS, ergänzte, dass die Anfangsschwierigkeiten deutlich geringer als in Trier oder Bingen gewesen seien. Kleinere Probleme gebe es beim Busshuttle. Bei der Gastronomie sei die Qualität sehr gut, die Preise habe man reduzieren lassen und das Angebot sei angepasst worden. Man gehe davon aus, dass man am Donnerstag den 200.000 Besucher begrüßen werde. Mit den Zahlen sei man sehr zufrieden, die Erlössituation liege höher als erwartet.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass die Landesgartenschau eine absolut positive Veranstaltung sei. Die CDU-Stadtratsfraktion habe immer auf drei Kriterien Wert gelegt. Zum einen den Kostenrahmen einzuhalten, was zu gelingen scheine. Hier bitte er aber um eine Zusammenstellung der Relation zwischen Besucherzahlen und Einnahmen. Wichtig sei der CDU auch die Nachhaltigkeit, was absolut positiv sei. Außerdem sei die Regionalität sehr wichtig. Vieles, was nicht gleich optimal gelaufen sei, seien aber Randerscheinungen. Die Landesgartenschau sei wichtig für Landau, die positive Spuren in die Zukunft setzen werde.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron sah eine eindeutige Willensbekundung der Menschen in der Stadt und in der Region für diese Landesgartenschau. Es sei eine Abstimmung mit den Füßen. Wenn man über die Gartenschau spreche, müsse man auch über die Stadt insgesamt sprechen. Es sei enorm, was auch hier geleistet wurde, beispielsweise der Blumenschmuck in der Stadt. Dies sei eine temporäre Stadtentwicklung, die einen froh mache.

Ratsmitglied Follenius-Büssow bedankte sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beim Team der Landesgartenschau und bei den vielen Ehrenamtlichen, die diese Landesgartenschau so attraktiv machen. Man sei erleichtert, dass die Gartenschau so gut angenommen werde. Als sehr konstruktiv empfinde sie die Arbeit des Aufsichtsrates. Es sei ein Anliegen der Grünen gewesen, dass es eine Gartenschau auch für Menschen mit Beeinträchtigungen wird. Dies sei sehr gut umgesetzt worden. Solch eine Großveranstaltung sei immer ein „learning by doing“. Es werde sicher noch manche Herausforderung geben, der man sich stellen müsse.



Ratsmitglied Freiermuth unterstrich das bisher gesagte. Auch die FWG-Stadtratsfraktion habe ein dickes Lob an das Gartenschauteam und an die Verwaltung. Die Landesgartenschau sei ein Stück gelungene Wirtschaftspolitik. Dass bei einem solchen Mammutprojekt ab und an mal Probleme auftauchen, sei völlig normal. Insgesamt sei die Landesgartenschau sehr gelungen.

Ratsmitglied Marquardt lobte, dass nun doch noch eine Familienkarte eingeführt worden sei. Ihn würde noch interessieren wo man bei der Einnahmeseite stehe.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass es keinen Sinn mache nach 6 Wochen über Einzelheiten zu diskutieren. Abgerechnet werde zum Schluss. Im Moment liege man etwa 500.000 Euro über der Kalkulation.

Ratsmitglied Wagner regte an, auch Menschen, die nur ihren Zweitwohnsitz in der Südstadt haben, das kostenlose Parken zu ermöglichen. Weiter sollte man versuchen, Rabatte die aufgrund Bedürftigkeit gewährt werden, nicht allzu diskriminierend zu gestalten. Außerdem sollte den Mitarbeitern der LGS freier Eintritt auf das Gelände gestattet werden.

Herr Schmauder stellte klar, dass die Mitarbeiter jederzeit mit ihrem Mitarbeiterausweis auf das Gelände könnten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Erstellung eines Lärmgutachtens

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 13. Mai 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den Antrag. Das Thema Belastung durch Verkehr spiele eine ganz zentrale Rolle bei den Menschen. Es sei dies eine große Herausforderung, der man sich in Zukunft noch mehr stellen müsse. In vielen Fällen habe man als Stadt bereits gehandelt, in manch anderen Fällen seien der Stadt die Hände gebunden. Nun komme Bewegung in die Sache hinsichtlich Verkehrsberuhigungsmaßnahmen bei klassifizierten Straßen. Von daher sei man als Kommune gut beraten, jetzt erste Weichenstellungen vorzunehmen. Eine Weichenstellung sollte dabei ein Lärmgutachten sein. Hierfür sollte man die Kosten und den Umfang eines solchen Gutachtens ermitteln.

Ratsmitglied Eichhorn hegte Zweifel an der Notwendigkeit eines solchen Gutachtens bzw. am Kosten/Nutzen-Effekt. Es sei sicherlich ein hehres Anliegen, aber aus dem Lärmgutachten müssten dann ja auch wirksame Maßnahmen erfolgen. Das bisherige Konzept für verkehrsberuhigende Maßnahmen sei mittlerweile abgearbeitet. Bei klassifizierten Straßen müssten besondere verkehrliche und bauliche Kriterien vorliegen für die Ausweisung einer Tempo 30-Zone. Die Stadt verliere bei einer Ausweisung einer Tempo 30-Zone jegliche Fördermöglichkeit bei einem evtl. Ausbau einer solchen Straße. Zudem habe ein neueres Urteil vom Dezember 2014 festgestellt, dass eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf einer klassifizierten Straße rechtswidrig sei. Die CDU-Stadtratsfraktion habe daher erhebliche Zweifel. Einer Kostenermittlung als erstem Schritt werde man jedoch zustimmen.

Ratsmitglied Lichtenthäler war der Meinung, dass es viele gute Gründe für Geschwindigkeitsbegrenzungen gebe. Dies sei nicht nur der Lärmschutz, auch wenn diesem bei den ganzen Diskussionen um Tempo 30 eine erhebliche Bedeutung zukomme. Es sei dies ein klassischer Konflikt in vielen Kommunen, nicht nur in Landau. Das Ministerium habe nun eine Handreichung herausgegeben, die diesen Aspekt aufgreife. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion unterstütze den Antrag der SPD.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass Verkehrsberuhigung auf keine tauben Ohren stoße. Die Frage sei aber, wie aufgebläht ein solches Gutachten sei. Er plädiere dafür, ein solches Gutachten bis nach der Landesgartenschau zurückzustellen. Natürlich begrüße jeder, wenn vor seinem Haus langsam gefahren werde, aber so einfach seien manche Dinge eben nicht. Unter Abwägung der Kosten stimme die FWG-Stadtratsfraktion dem Antrag zu.

Ratsmitglied Marquardt unterstützte für die UBFL-Stadtratsfraktion ebenfalls den Antrag. Er habe zwei positive Aspekte. Zum einen verringere eine Geschwindigkeitsreduzierung den Lärm und zum anderen werde dadurch die Sicherheit erhöht. Die Frage sei auch, ob man den Anwohnern an Hauptverkehrsstraßen nicht Zuschüsse für private Lärmschutzmaßnahmen geben müsste.

Der Vorsitzende unterstrich, dass ein solches Lärmschutzgutachten nicht zum Nulltarif zu haben sei. Durch das Rundschreiben des Ministeriums habe man nun aber andere Möglichkeiten. Man habe einen doppelten Effekt, nämlich den Lärmschutz und die Geschwindigkeitsreduzierung. Ihm wäre es am liebsten, wenn man im gesamten Stadtgebiet Tempo 30 hätte. Denn auch mit Tempo 30 komme man gut und zügig voran.

Ratsmitglied Lerch war der Auffassung, dass dies ein großes und vielschichtiges Thema sei. Man brauche hier ein Gesamtkonzept zu Tempo 30.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 42 Ja- und 1 Nein-Stimme:



Die Verwaltung ermittelt die Kosten für die Erstellung eines Lärmgutachtens, in dem für alle Hauptverkehrsstraßen und klassifizierten Straßen das exakte Ausmaß an Lärmemissionen bestimmt werden. Über die Bereitstellung der erforderlichen Mittel für die Erstellung des Lärmgutachtens soll im Zuge der Aufstellung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2016 entschieden werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

**Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Süd“ (Estienne et Foch)
Ausfallbürgschaft für die Deutsche – Stadt und Grundstücksentwicklungsgesellschaft
mbH & Co. KG- Rückführung von Krediten**

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 14. April 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

„Haus zum Maulbeerbaum“, Marktstraße 92 und 94; Abschluss einer Optionsvereinbarung zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und dem Verein der Freunde des Hauses zum Maulbeerbaum Landau e.V.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 19. Mai 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Der Verein habe nunmehr 18 Monate Zeit eine Genossenschaft zu gründen und ein Finanzierungs- und Nutzungskonzept vorzulegen.

Ratsmitglied Freiermuth machte deutlich, dass die FWG-Stadtratsfraktion dem Haus zum Maulbeerbaum schon immer sehr kritisch gegenüber stand. Er wisse sehr wohl, dass dem Haus eine gewisse Bedeutung zukomme. Die Kosten seien allerdings nicht mehr verantwortbar. Man habe über Jahre 25.000 Euro jährlich in Unterhaltungs- und Sicherungsmaßnahmen investiert. Man hätte den Mut haben sollen, einen Schlusstrich zu ziehen. Die FWG-Stadtratsfraktion werde daher dieser Vorlage nicht zustimmen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man der Denkmalschutzbehörde alle Möglichkeiten zum Erhalt des Hauses darstellen müsse. Das Haus zum Maulbeerbaum habe den Erhalt auch verdient. Es sei eines der historisch bedeutendsten Gebäude unserer Stadt.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erinnerte daran, dass man lange nicht gewusst habe, wohin die Reise gehe beim Haus zum Maulbeerbaum. Es seien eine Reihe von Möglichkeiten diskutiert worden. Dies heute sei sicher nicht die große Lösung, aber eine gute Entscheidung die man treffe. Es sei dies ein Signal des Rates an den Verein, das Vorhaben politisch zu unterstützen. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass es richtig sei, dass in diesem Fall die FWG kritisch sei und den Rat darauf aufmerksam mache, dass es auch schief gehen könne. Er wolle es aber positiv sehen und sich vorstellen, dass das Vorhaben in den 18 Monaten gelinge. Dann habe man ein wertvolles Gebäude für die Stadt erhalten. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Lerch signalisierte die Zustimmung der CDU-Stadtratsfraktion.

Ratsmitglied Dr. Migl sagte, dass sie froh über die heutige Entscheidung sei. Sie sei sehr zuversichtlich, dass es gelingen werde. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme zu.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja- und 4 Nein-Stimmen:

dass gegenüber dem Verein der Freunde des Hauses zum Maulbeerbaum Landau e.V. für die Dauer von 18 Monaten, gerechnet ab dem 01.06.2015, hinsichtlich des Hauses zum Maulbeerbaum ein Veräußerungsverzicht erklärt wird. Die Verwaltung wird beauftragt, für den genannten Zeitraum eine zwischen der Stadt und dem Verein abzuschließende Optionsvereinbarung mit Veräußerungsverzicht auszuarbeiten und abzuschließen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Abschluss einer Zweckvereinbarung über die Übertragung von Aufgaben nach dem Fahrlehrergesetz von den Verbandsgemeinden im Landkreis Südliche Weinstraße auf die Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Ordnungsabteilung vom 29. April 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Zustimmung zum Abschluss einer Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und den Verbandsgemeinden im Landkreis Südliche Weinstraße über die Übertragung von Aufgaben des Fahrlehrergesetzes von den Verbandsgemeinden Annweiler, Bad Bergzabern, Edenkoben, Herxheim, Landau-Land und Offenbach an der Queich auf die Stadt Landau in der Pfalz entsprechend dem beigefügten Entwurf zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Bebauungsplan ND 8 „Gewerbegebiet Kreisel Landau-Nord“; Aufhebung des Satzungsbeschlusses vom 30.09.2014

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 13. April 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 3 Enthaltungen:

Der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan ND 8 „Gewerbegebiet Kreisel Landau-Nord“ vom 30.09.2014 wird aufgehoben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Wagner stellte die Bürgerinitiative „Freifunk“ vor, der er angehöre. Es gehe hierbei um freie W-LAN-Netze. Dies sei bundesweit auf dem Vormarsch. In Landau werde die Landesgartenschau ab 1. Juni mit kostenlosem W-LAN versorgt. Hier habe man die Energie Südwest als Kooperationspartner gewinnen können. Nun hoffe er, auch die Stadt als Kooperationspartner gewinnen zu können.

Ratsmitglied Braun dankte für die Antwort von Herrn Beigeordnetem Klemm auf ihre Anfrage zu Glyphosat. Ergänzend würde sie interessieren, ob die Nichtverwendung von Herbiziden auch für das LGS-Gelände gelte. Sie regte an, Landau als pestizidfreie Kommune auszuweisen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8.1. (öffentlich)

Sachstand Breitbandversorgung; Anfrage CDU-Stadtratsfraktion

Der Vorsitzende verwies auf die Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion im Hauptausschuss am 12. Mai 2015.

Herr Messemer erläuterte den aktuellen Sachstand. In Dammheim gebe es aktuell den Abschluss mit der Firma Inexio. Dies gelte auch für die Gewerbegebiete D9 und D10, bei denen man auch mit Inexio im Gespräch sei. Aktuell habe man auch über die Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftsförderer die Telekom nochmals angesprochen. Die Telekom habe ihre Strategie geändert und wolle nun massiv in den Ausbau im Glasfaserbereich investieren. Bereits Ende Februar habe man die Telekom schriftlich gebeten, ihre Ausbaupläne für Landau darzulegen. Allerdings habe man bisher noch keine Antwort erhalten.

Ratsmitglied Dr. Kopf wies darauf hin, dass in Mörzheim und Arzheim derzeit die Firma MBN aktiv sei. Die Ortsbeiräte seien etwas verunsichert, weil man es technisch nicht einschätzen könne. Es sei die Frage, ob es seitens der Stadtverwaltung hierzu eine Position gebe bzw. ob dies von Seiten der Stadt koordiniert werde. Natürlich sei auch die Telekom interessant, aber das hätte schon seit Jahren passieren können. Die Frage sei, ob die Telekom nun wirklich ernsthaft den Schalter umgelegt habe.

Herr Messemer entgegnete, dass es die klare Aussage der Telekom gebe, dass man eine Änderung der Strategie vorgenommen habe. Für den massenhaften Ausbau seien vom Konzern deutschlandweit Milliarden zur Verfügung gestellt worden. Natürlich wisse er, dass die Telekom nur ein Anbieter sei. Um die nächsten Schritte zu gehen, brauche man nun aber erst mal die Grundlagen.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass die Bedeutung eines Breitbandausbaus unbestritten sei. Er halte es für erforderlich, Empfehlungen an die Ortsbeiräte und Ortsteile zu geben. Hier habe die Stadt schon eine gewisse Steuerungsfunktion, die man aktiv angehen müsse.

Ratsmitglied Wagner regte an, darüber nachzudenken ob man die Leitungen nicht selbst verlegen und an die Versorger vermieten könne.



Die Niederschrift über die 9. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 26.05.2015 umfasst 14 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 63.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter